



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erarbeitung der im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten und 2024 vorzulegenden „umfassenden Weiterbildungsstrategie“ und deren gesetzlicher Normierung folgende Maßgaben zu beachten:

1. Grundbildung und Weiterbildung sind für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig.
2. Die Gesellschaft wird älter und Weiterbildung ist eine Möglichkeit, im Alter vernetzt und aktiv zu bleiben.
3. Viele Vorgänge des alltäglichen Lebens sind nur noch oder bevorzugt digital zu erledigen. Weiterbildungsangebote müssen dabei helfen, die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen.
4. Menschen kommen nach Deutschland und wir brauchen sie dringend. Allerdings vor allem mit deutschen Sprachkenntnissen. Wir brauchen Angebote, die deutsche Sprache überall und ohne große Hürden zu erlernen.
5. Strategien gegen den Klimawandel werden allerdorten diskutiert. Weiterbildungsangebote können dazu beitragen, dem und der Einzelnen Zusammenhänge zu verdeutlichen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu erschließen.
6. Angriffe auf die Demokratie und das häufige Verlassen eines faktenbasierten Diskurses machen politische Bildung zu einer Daueraufgabe.
7. Schulabschlüsse sollten landesweit flächendeckend nachgeholt werden können, ohne dass die Teilnahme an den Vorbereitungskursen eine finanzielle Hürde darstellt.
8. Berufliche Weiterbildung ermöglicht persönliche Entwicklung und die Vorbereitung auf sich ändernde Herausforderungen.

Beschäftigtenqualifizierung ist gerade für nicht- oder gering-qualifizierte Arbeitnehmer\*innen ein wesentlicher Beitrag für ein erfülltes Berufsleben.

Begründung:

Berufliche Zusammenhänge sind ein wesentlicher Aspekt, der bei der Erarbeitung einer Weiterbildungsstrategie zu beachten ist. Gerade der Beschäftigtenqualifizierung kommt dabei eine wesentliche Rolle zu. Die berufliche Verwertbarkeit ist aber nicht der einzige Zweck von Weiterbildung. Auch, wenn die Federführung bei der Erarbeitung der Weiterbildungsstrategie im Wirtschaftsministerium liegt, sollte der Anspruch, wie im Koalitionsvertrag formuliert, ein umfassender sein. Es sollte um eine Weiterbildungsstrategie gehen und nicht nur um eine Strategie für berufliche Weiterbildung. Auf Grundlage der Strategie wäre es wichtig, ein Weiterbildungsförderungsgesetz für Schleswig-Holstein zu formulieren, um eine flächendeckende Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Martin Habersaat  
und Fraktion